



Stadt Bergisch Gladbach
Der Bürgermeister

Stadt Bergisch Gladbach · 51439 Bergisch Gladbach

**An die
Mitglieder des Rates
der Stadt Bergisch Gladbach**

nachrichtlich:

an die Fraktionsgeschäftsstellen,
den Verwaltungsvorstand I und II,
die Fachbereiche 1-8,
die Stabstellen und
das Rechnungsprüfungsamt

**Allgemeine Verwaltung und
Verwaltungssteuerung**

Rathaus Bergisch Gladbach
Konrad-Adenauer-Platz 1
Sachbearbeiter: Christian Ruhe
Zimmer: 35
Telefon 02202/142245
Telefax 02202/14702245
Internet: <http://www.bergischgladbach.de>
E-Mail: C.Ruhe@stadt-gl.de

30.09.2016

Sitzung des Rates am 06.10.2016

Sehr geehrte Damen und Herren,

wie angekündigt, erhalten Sie als **Anlage 1** zu diesem Schreiben die aktualisierte Fassung der Anlage zur Tagesordnung für die Ratssitzung am 06.10.2016, in die die Beratungsergebnisse aus der Sitzung des HFA am 29.09.2016 eingefügt wurden. Die Nachträge sind durch eine seitliche Linie gekennzeichnet. Das Beratungsergebnis aus der Sitzung des AUKIV am 04.10.2016 zu TOP Ö 9 – Feststellung des Jahresabschlusses 2015 der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung „Immobilienbetrieb der Stadt Bergisch Gladbach“ – der Sitzung des Rates wird in der Ratssitzung mündlich bekannt gegeben.

Ein Antrag der CDU-Fraktion zur Berücksichtigung aller bilanzieller Sonderposten im Immobilienbetrieb bei der Kalkulation der Kostenmiete ist diesem Schreiben als **Anlage 2** beigelegt. Nach Rücksprache mit der Antragstellerin ist der Antrag als Antrag zur Sache gem. § 17 GeschO zu TOP Ö 6 – Genehmigung der Fortschreibung des Haushaltssicherungskonzeptes 2016/2017 durch den Landrat; hier: Entscheidung über das weitere Vorgehen hinsichtlich der erteilten Auflage – unter diesem Tagesordnungspunkt zu beraten und zur Abstimmung zu stellen.

Zwei schriftliche Anfragen der Fraktion DIE LINKE. mit BÜRGERPARTEI GL vom 29.09.2016 (eingegangen am 29.09.2016) zu den Thematiken „Sozialwohnungsbau“ und „Sondierung geeigneter Grundstücke zum Bau von Kindertagesstätten“ sind diesem Schreiben als **Anlagen 3a und 3b** beigelegt. Sie sind nicht öffentlich zu behandeln und können unter TOP N 7 der Sitzung des Rates beraten werden. Die abschließende Erstellung einer schriftlichen Beantwortung war bis zum Versand dieses Schreibens nicht möglich. Die schriftliche Beantwortung erfolgt in der Sitzung des Rates.

Mit freundlichen Grüßen


Lutz Urbach

Anlagen

Anlage zur Tagesordnung für die Ratssitzung am 06.10.2016

(Stand: 30.09.2016)

I. Allgemeines

Der Einladung zur Ratssitzung sind keine Vorlagen beigelegt, die in den Ausschüssen beraten wurden bzw. noch beraten werden. Diese Vorlagen befinden sich in den Händen der Ratsmitglieder. Beratungsergebnisse und Erläuterungen zu diesen Vorlagen finden Sie im weiteren Verlauf dieser Anlage. Nachträge sind durch eine seitliche Linie gekennzeichnet.

Vorlagen, die Themen enthalten, die in erster Lesung im Rat eingebracht werden, z. B. Fraktionsanträge oder Vorlagen, die eine geänderte Sachlage berücksichtigen, sowie sonstige Vorlagen, die keiner vorherigen Beratung in den Ausschüssen bedürfen, z. B. Berichte über die Durchführung der Beschlüsse, sind der Tagesordnung als Anlagen beigelegt.

II. Tagesordnung

Ö Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ratsmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung sowie der Beschlussfähigkeit**
Eine Erläuterung erübrigt sich.
- 2 Genehmigung der Niederschrift aus der vergangenen Sitzung - öffentlicher Teil**
Die Niederschrift über die Sitzung des Rates am 05.07.2016 – öffentlicher Teil – ist den Ratsmitgliedern zugegangen.
- 3 Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Rates am 05.07.2016 - öffentlicher Teil**
Vorlage: 0304/2016
Die Vorlage ist beigelegt.
- 4 Mitteilungen des Bürgermeisters**
Eventuelle Mitteilungen wird Herr Bürgermeister Urbach mündlich bekannt geben.
- 5 Übertragung von Ermächtigungen vom Haushaltsjahr 2015 in das Haushaltsjahr 2016 im Kernhaushalt**
Vorlage: 0371/2016
Der Haupt- und Finanzausschuss hat in der Sitzung am 29.09.2016 mehrheitlich gegen DIE LINKE. mit BÜRGERPARTEI GL beschlossen, dem Rat folgende Beschlussempfehlung zu geben:

Einer weiteren Übertragung von Ermächtigungen vom Haushaltsjahr 2015 in das Haushaltsjahr 2016 im Kernhaushalt in Höhe von insgesamt 400.000,00 € wird zugestimmt.
- 6 Genehmigung der Fortschreibung des Haushaltssicherungskonzeptes 2016/2017 durch den Landrat - hier: Entscheidung über das weitere Vorgehen hinsichtlich der erteilten Auflage**
Vorlage: 0386/2016
Der Haupt- und Finanzausschuss hat in der Sitzung am 29.09.2016 auf Antrag der SPD (betreffend Vertagung) und der CDU (betreffend Prüfauftrag) jeweils einstimmig be-

schlossen, dem Rat folgende, im Vergleich mit dem Beschlussvorschlag in der Vorlage geänderte Beschlussempfehlung zu geben:

Die Beratung und die Beschlussfassung werden in die Sitzungen des Haupt- und Finanzausschusses am 08.12.2016 und des Rates am 13.12.2016 verlegt.

Die Verwaltung wird beauftragt, die Handlungsoptionen unter steuerrechtlichen, rechtlich-organisatorischen und fiskalischen Gesichtspunkten zu prüfen und das Ergebnis darzustellen.

7 Handhabung der gesetzlichen Neuregelung der Umsatzbesteuerung der juristischen Personen des öffentlichen Rechts, beispielsweise öffentliche Verwaltung (§ 2b Umsatzsteuergesetz - UStG) und Möglichkeit der Option zur vorübergehenden weiteren Anwendung der alten Rechtslage (§ 2 Abs. 3 UStG in der am 31.12.2015 geltenden Fassung)

Vorlage: 0372/2016

Der Haupt- und Finanzausschuss hat in der Sitzung am 29.09.2016 einstimmig beschlossen, dem Rat folgende Beschlussempfehlung zu geben:

Der Rat beauftragt den Bürgermeister, vom Optionsrecht nach § 27 Abs. 22 UStG fristgerecht vor dem 31.12.2016 Gebrauch zu machen.

8 Jahresabschluss 2015 des Kernhaushalts der Stadt Bergisch Gladbach

Vorlage: 0398/2016

Die Vorlage ist beigelegt.

9 Feststellung des Jahresabschlusses 2015 der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung „Immobilienbetrieb der Stadt Bergisch Gladbach“

Vorlage: 0376/2016

Das Beratungsergebnis aus der Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Klimaschutz, Infrastruktur und Verkehr am 04.10.2016 wird in der Ratssitzung mündlich bekannt gegeben.

10 Entlastung des Ausschusses für Umwelt, Klimaschutz, Infrastruktur und Verkehr für den Jahresabschluss 2015 der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung „Immobilienbetrieb der Stadt Bergisch Gladbach“

Vorlage: 0387/2016

Die Vorlage ist beigelegt.

11 Jahresabschluss 2015 der Stadtverkehrsgesellschaft Bergisch Gladbach GmbH

Vorlage: 0285/2016

Der Haupt- und Finanzausschuss hat in der Sitzung am 29.09.2016 mehrheitlich gegen DIE LINKE. mit BÜRGERPARTEI GL beschlossen, dem Rat folgende Beschlussempfehlung zu geben:

Der Rat der Stadt Bergisch Gladbach fasst im Nachgang der Gesellschafterversammlung am 29.08.2016 folgende rückwirkenden Weisungsbeschlüsse an den Bürgermeister der Stadt Bergisch Gladbach als Vertreter der Gesellschafterin in der Gesellschafterversammlung der Stadtverkehrsgesellschaft Bergisch Gladbach mbH:

1. Der Jahresabschluss 2015 der Stadtverkehrsgesellschaft Bergisch Gladbach mbH wird festgestellt. In der Bilanz zum 31.12.2015 werden Aktiva und Passiva mit 1.099.611,63€ und in der Gewinn- und Verlustrechnung der Jahresfehlbetrag 2015 mit 3.325,37 € festgestellt.

2. Der Jahresfehlbetrag 2015 in Höhe von 3.325,37 € wird mit dem Gewinnvortrag von 267.588,31 € verrechnet und der verbleibende Gesamtbetrag von 264.262,94 € wird auf neue Rechnung vorgetragen.
3. Der Aufsichtsrat und der Geschäftsführer der Stadtverkehrsgesellschaft Bergisch Gladbach mbH werden entlastet.

12 Jahresabschluss 2015 der Bädergesellschaft der Stadt Bergisch Gladbach

Vorlage: 0383/2016

Der Haupt- und Finanzausschuss hat in der Sitzung am 29.09.2016 mehrheitlich gegen DIE LINKE. mit BÜRGERPARTEI GL beschlossen, dem Rat folgende Beschlussempfehlung zu geben:

Nach Prüfung und Billigung der vorgelegten Unterlagen durch den Aufsichtsrat der Bädergesellschaft der Stadt Bergisch Gladbach mbH wird der Bürgermeister als Vertreter der Gesellschafterin, der Stadt Bergisch Gladbach, bevollmächtigt,

1. in der Gesellschafterversammlung den Jahresabschluss und den Lagebericht 2015 der Bädergesellschaft der Stadt Bergisch Gladbach mbH festzustellen und den Jahresüberschuss der Gesellschaft in Höhe von 4.991.531,61 € im Hinblick auf eine beabsichtigte Ausschüttung in 2016 auf neue Rechnung vorzutragen
2. den Aufsichtsrat und den Geschäftsführer der Bädergesellschaft der Stadt Bergisch Gladbach mbH zu entlasten und
3. für die Prüfung des Jahresabschlusses für das Wirtschaftsjahr 2016 die Ebner Stolz GmbH Co. KG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Steuerberatungsgesellschaft, Köln, zu beauftragen.

13 Erste Änderungssatzung über die Erhebung der Zweitwohnungsteuer in der Stadt Bergisch Gladbach (Zweitwohnungsteuersatzung)

Vorlage: 0375/2016

Der Haupt- und Finanzausschuss hat in der Sitzung am 29.09.2016 mehrheitlich gegen DIE LINKE. mit BÜRGERPARTEI GL beschlossen, dem Rat folgende, im Vergleich mit dem Beschlussvorschlag in der Vorlage geänderte Beschlussempfehlung zu geben:

Die der Vorlage als Anlage beigefügte erste Änderungssatzung zur Satzung über die Erhebung der Zweitwohnungsteuer in der Stadt Bergisch Gladbach (Zweitwohnungsteuersatzung) vom 13.12.2012 wird unter Berücksichtigung der folgenden Änderung des Satzungsentwurfes beschlossen:

Artikel 1 Ziffer 6. wird wie folgt gefasst: „§ 13 wird wie folgt geändert: Das Wort „Zweitwohnungssteuersatzung“ wird durch „Zweitwohnungsteuersatzung“ ersetzt.“

14 Anhänge Gerichtsverfahren von besonderer Bedeutung zum Stichtag 30.06.2016

Vorlage: 0328/2016

Die Vorlage ist beigefügt.

15 Einrichtung eines Integrations- und Willkommenszentrums

Vorlage: 0357/2016

Der Integrationsrat hat in der Sitzung am 08.09.2016 einstimmig bei zwei Enthaltungen beschlossen, dem Rat folgende Beschlussempfehlung zu geben:

Der Rat der Stadt Bergisch Gladbach beschließt die Einrichtung des Integrations- und Willkommenszentrums „STARTPUNKT Bergisch Gladbach“ mit einer Laufzeit von zunächst 5 Jahren in Trägerschaft der GL-Service gGmbH. Nach Abschluss des vierten Jah-

res soll anhand einer Evaluation untersucht werden, ob ein weiterer Bedarf für die Fortführung des Zentrums besteht. Der Träger erhält für die Betriebskosten des Integrations- und Willkommenszentrums einen Zuschuss in Höhe von 200.000 € pro Jahr.

Der Ausschuss für Soziales, Wohnungswesen, Demografie und Gleichstellung von Frau und Mann hat in der Sitzung am 15.09.2016 die Vorlage positiv zur Kenntnis genommen und mehrheitlich gegen die ALFA bei Enthaltung der FDP folgenden, im Vergleich mit dem Beschlussvorschlag in der Vorlage geänderten Beschluss gefasst:

Die Vorlage wird zur Beschlussfassung gemäß dem Vorschlag der Verwaltung – vorbehaltlich der Finanzierung – an den Haupt- und Finanzausschuss und an den Rat abgegeben.

Der Haupt- und Finanzausschuss hat in der Sitzung am 29.09.2016 auf Antrag der CDU einstimmig folgenden Beschluss gefasst:

Die Beratung wird vertagt.

16 Verlagerung der Fachstelle für schwerbehinderte Menschen im Arbeitsleben zum Rheinisch-Bergischen Kreis

Vorlage: 0327/2016

Der Ausschuss für Soziales, Wohnungswesen, Demografie und Gleichstellung von Frau und Mann hat in der Sitzung am 15.09.2016 einstimmig beschlossen, dem Rat folgende Beschlussempfehlung zu geben:

Der Bürgermeister wird beauftragt, die öffentlich-rechtliche Vereinbarung über die Verlagerung der Fachstelle für schwerbehinderte Menschen im Arbeitsleben zum Rheinisch-Bergischen Kreis zum nächstmöglichen Zeitpunkt zu schließen.

Der Haupt- und Finanzausschuss ist in der Sitzung am 29.09.2016 einstimmig dieser Beschlussempfehlung an den Rat gefolgt.

17 Mehrgenerationenhaus

Vorlage: 0364/2016

Der Ausschuss für Soziales, Wohnungswesen, Demografie und Gleichstellung von Frau und Mann hat in der Sitzung am 15.09.2016 einstimmig beschlossen, dem Rat folgende Beschlussempfehlung zu geben:

Der Rat der Stadt Bergisch Gladbach begrüßt die Fortführung des Mehrgenerationenhauses in Trägerschaft der Evangelischen Kirche. Das Mehrgenerationenhaus ist Bestandteil der kommunalen Planungen zum demografischen Wandel und zur Sozialraumentwicklung im Stadtteil Stadtmitte von Bergisch Gladbach.

18 Einwohnerfragestunde

Vorlage: 0366/2016

Die Vorlage ist beigelegt.

19 Wahrnehmung von Mitgliedschaftsrechten der Stadt Bergisch Gladbach

Vorlage: 0367/2016

Der Haupt- und Finanzausschuss hat in der Sitzung am 29.09.2016 mehrheitlich gegen DIE LINKE. mit BÜRGERPARTEI GL beschlossen, dem Rat folgende Beschlussempfehlung zu geben:

Der Vorstand der SEB AöR wird als Stellvertretung des Vertreters der Stadt Bergisch Gladbach

dbach in der Gesellschafterversammlung der Rheinisch-Bergischen Wirtschaftsförderungsgesellschaft mbH, Herrn Bürgermeister Urbach, bestellt.

20 Rücknahme der Berufung des stellvertretenden Mitgliedes Frau Ursula Nantke und Neuberufung von Herrn Friedhelm Bihn als stellvertretendes Mitglied für den „Inklusionsbeirat – Beirat für Menschen mit Behinderung“

Vorlage: 0332/2016

Der Ausschuss für Soziales, Wohnungswesen, Demografie und Gleichstellung von Frau und Mann hat in der Sitzung am 15.09.2016 einstimmig beschlossen, dem Rat folgende Beschlussempfehlung zu geben:

1. Die Berufung von Frau Ursula Nantke als stellvertretendes Mitglied im „Inklusionsbeirat - Beirat für Menschen mit Behinderung“ wird zurückgenommen.
2. Der Rat entsendet Herrn Friedhelm Bihn als stellvertretendes Mitglied in den „Inklusionsbeirat – Beirat für Menschen mit Behinderung“.

Der Inklusionsbeirat hat in der Sitzung am 21.09.2016 die Vorlage zur Kenntnis genommen.

21 Entsendung von Mitgliedern des Integrationsrates in verschiedene Ratsausschüsse
Vorlage: 0293/2016

Der Ausschuss für Soziales, Wohnungswesen, Demografie und Gleichstellung von Frau und Mann hat in der Sitzung am 15.09.2016 – einer entsprechenden Beschlussempfehlung des Integrationsrates (dort einstimmig bei drei Enthaltungen) folgend – einstimmig bei einer Enthaltung aus den Reihen von Bündnis 90/DIE GRÜNEN beschlossen, dem Rat folgende Beschlussempfehlung zu geben:

Das Mitglied des Integrationsrates Herr Schütz wird als beratendes Mitglied in den Ausschuss für Umwelt, Klimaschutz, Infrastruktur und Verkehr entsandt.

[Weitere Beschlussempfehlungen zur Entsendung von Mitgliedern des Integrationsrates in Ausschüsse des Rates der Stadt Bergisch Gladbach wurden vom Integrationsrat und vom Ausschuss für Soziales, Wohnungswesen, Demografie und Gleichstellung von Frau und Mann nicht abgegeben.]

22 Anträge auf Umbesetzung in den Ausschüssen

22.1 Anträge der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN vom 29.08.2016 und 19.09.2016 (beide eingegangen am 20.09.2016) zur Umbesetzung in verschiedenen Ausschüssen und Mitgliedschaften

Vorlage: 0396/2016

Die Vorlage ist beigelegt.

22.2 Antrag der SPD-Fraktion vom 21.09.2016 (eingegangen am 21.09.2016) zur Umbesetzung in der Gesellschafterversammlung der GL Service gGmbH

Vorlage: 0399/2016

Die Vorlage ist beigelegt.

23 Anträge der Fraktionen

23.1 Antrag der CDU-Fraktion (eingegangen am 20.09.2016) zu einem Prüfauftrag über die Zusammenführung der drei eigenbetriebsähnlichen Einrichtungen zu einem Eigenbetrieb

Vorlage: 0397/2016

Die Vorlage ist beigelegt.

24 Anfragen der Ratsmitglieder
Eine Erläuterung erübrigt sich.

- Eingegangen -

19. Sep. 2016

CDU

An den Bürgermeister
der Stadt Bergisch Gladbach
Herrn Lutz Urbach

CDU-Fraktion im Rat der
Stadt Bergisch Gladbach

Konrad-Adenauer-Platz 1
51465 Bergisch Gladbach

T 02202 14-2218
F 02202 14-2201

fraktion@cdu.gl

im Hause

27. Sep. 2016
Stadt Bergisch Gladbach
FB 1-14
Kommunalverfassung
- Ratsbüro
W

- Eingegangen -

20. Sep. 2016

19. September 2016

Alle bilanziellen Sonderposten im Immobilienbetrieb bei der Kalkulation der Kostenmiete berücksichtigen

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,

die Verwaltung wird beauftragt, folgende Prüfungen vorzunehmen und dem Rat zu berichten:

Die Haushaltsaufgabe der Kommunalaufsicht für das Haushaltsjahr 2017 macht es erforderlich, den Eigenkapitalverzehr im Immobilienbetrieb zu verringern bzw. zu stoppen. Derzeit ist der Fachbereich Finanzen damit beschäftigt, hierfür die Grundlagen zu ermitteln.

Die Antragsteller beauftragten die Verwaltung, alle möglichen Sonderposten (§ 41 Abs. 4 GemHVO NRW i. V. mit § 43 Abs. 5 GemHVO NRW), wie zum Beispiel aus in der Vergangenheit gewährten Zuweisungen und Zuschüssen zu Schulbaumaßnahmen, zu ermitteln, diese dann in der Bilanz des Immobilienbetriebs zu berücksichtigen, mit dem Ziel die Abschreibungen mit den Sonderposten zu verrechnen.

Sollte die personellen Ressourcen im Fachbereich Finanzen nicht ausreichen, um den zeitlichen Rahmen einzuhalten, halten wir eine externe Unterstützung die allerdings zuvor einer Festlegung des Kostenrahmens bedarf, für erforderlich. Die Verwaltung wird beauftragt, eine Kostenabschätzung hierzu vorzulegen.

Mit freundlichen Grüßen

Elke Lehnert

Elke Lehnert
Stell.-Fraktionsvorsitzende

Harald Henkel

Harald Henkel
Finanzpolitischer Sprecher